

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 104 (2010)
Heft: 3

Artikel: Wo ist das Prinzip Hoffnung : Antworten des religiösen Sozialismus auf die Krise. Teil 2
Autor: Spieler, Willy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390131>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wo ist das Prinzip Hoffnung? – Antworten des religiösen Sozialismus auf die Krise (Teil 2)

Im ersten Teil des Vortrags, den Willy Spieler letzten November in der Paulus-Akademie Zürich gehalten hat, skizzierte der Autor die Krise des kapitalistischen Systems und gab eine Analyse des Neoliberalismus als ideologische Hauptursache der Krise. Er schloss mit den Worten: «Das Problem für mich ist nicht, dass der Sozialismus abgewirtschaftet hat, sondern dass der Kapitalismus noch immer wirtschaftet und die Menschen in unseren Breitengraden sich von ihm blenden lassen.»

Im zweiten Teil entwickelt Spieler mögliche Antworten aus der Tradition eines religiösen Sozialismus Ragazscher Prägung.

4. Sozialethische Alternativen

Der Neoliberalismus setzt den Profit vor den Menschen, das Kapital vor die Arbeit, den Markt vor das Gemeinwohl und das Wachstum vor die Nachhaltigkeit. Diese Perversion jeder ethischen Ordnung bezeichnet der Neoliberalismus als «Ordnungspolitik». Ein Schlagwort, vor dem heute auch Linke stramm stehen. Demgegenüber vertritt der religiöse Sozialismus – wie im Grunde jede konsequente Sozialethik – den vierfachen Vorrang des Menschen vor dem Profit, der Arbeit vor dem Kapital, des Gemeinwohls vor dem Markt und des qualitativen vor dem quantitativen Wachstum.

4.1. Vorrang des Menschen vor dem Profit

Ob mit einem ethischen Sozialismus in der Tradition eines Immanuel Kant oder ob mit einem religiösen Sozialismus im Sinne von Leonhard Ragaz: Immer gilt der Mensch als Zweck an sich selbst, dem die Wirtschaft zu dienen hat. Schon vor hundert Jahren hat Ragaz «das Recht und die Würde des Menschen» für «das oberste Ziel der sozialen Bewegung» erklärt und gefragt: «Die Befreiung des Menschen aus der Macht der Sachen, die Unterwerfung auch der wirtschaftlichen Mächte unter das sittliche Recht der Persönlichkeit – kann es einen grösseren Freiheitskampf geben?»¹

Kants praktische Philosophie ist hier gegenwärtig, so sehr, dass Ragaz ihn «auf der Linie der grossen Verkündiger des Reiches Gottes» sieht.² Aber anders als Kant und über ihn hinaus rekurriert Ragaz auf die biblisch verbürgte Gottebenbildlichkeit des Menschen und spricht von der «göttlichen Mitgift eines unbedingten Wertes»³.

Dass der Mensch vor dem Geld kommt, entnimmt Ragaz schon dem mosaischen Gesetz, das «die Grundelemente alles echten Sozialismus» enthält: «die Überordnung des Menschen über

die Sache, die Einschätzung der Arbeit als Quelle aller ökonomischen Werte und Grundelement aller Gesellschaft und Kultur«⁴. Hier gilt «zuerst [...] das Leben und nicht das Geld»⁵. Hier wurzelt auch die Option für die Armen. Sie sind es, «die Gottes Sache tragen, weil sie allein als Schicht («Klasse») der Sehnsucht danach fähig sind»⁶. Unter dem «Schutz des Gebotes»: «Du sollst nicht stehlen!» steht das Eigentum der Armen, «nicht das des Besitzbürgertums, wie das traditionelle Christentum meint»⁷. Es darf auch keine Spekulation mit dem Boden geben. «Denn das Land gehört Gott.»⁸

Wenn die neoliberalen Ökonomen den Vorrang des Profits vor dem Menschen behaupten, dann tun sie es natürlich in feinerer Wortwahl. Eher verwenden sie Begriffe wie «Humankapital», oder sie sagen wie Tony Blair: «Eine Wirtschaft, die auf Wissen basiert, macht die Leute zum wichtigsten nationalen Rohstoff» (TA 29.1.00). Vor allem aber verstehen sich die Neoliberalen auf die ideologische Wortklauberei, nach welcher der Markt das Gemeinwohl von selbst hervorbringt, sofern man ihn nur machen lässt. Wenn aber «private vices – public benefits» die Regel sein sollen, dann ist die Gier nach Geld, nach Boni, nach Eigenkapitalrenditen von 20, 25 und mehr Prozent nicht eine Entgleisung des Systems, sondern dessen Konsequenz. Nur heisst systemkonform alles andere als weltkonform. In welcher Welt leben wir, wenn in diesem Jahr über 200 Mrd. Dollar für Boni bezahlt werden, 10 Prozent mehr als 2007? Auf der andern Seite bemüht sich die UNO verzweifelt, Geld in der Grössenordnung dieser 10 Prozent für ihr Anti-Hunger-Programm (24 Mrd. Dollar) zusammenzukratzen.

Magaz sah in solcher Gier einen eigentlichen Götzendienst. Dieser versuche, den «Drang nach der Absolutheit durch die Anhäufung von Besitz zu stillen, durch den Besitz, der Macht und

Ehre verheisst. Darum wird besonders Mammon der grosse Gegengott.»⁹

Diese Gier ist System geworden. Es gibt eine eigentliche Dialektik zwischen «Gier nach Profit» und den Strukturen, die von dieser Gier geprägt werden, aber auch wieder auf sie zurückwirken. Dazu gehören Mechanismen, die Reiche noch reicher und Arme noch zahlreicher machen. Auch das Bankgeheimnis gehört zu diesen Mechanismen. Die katholische Soziallehre spricht wie zuvor schon die Theologie der Befreiung von «Strukturen der Sünde»¹⁰.

Gegen die systemgewordene Profitgier gilt es international vorzugehen, etwa durch die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen, die Verhinderung der Steuerflucht und die Schliessung der Offshore-Finanzplätze. Von grösster Bedeutung wäre eine Devisentransaktionssteuer (Tobin-Tax), die bei einem Steuersatz von 0,1 Prozent der Völkergemeinschaft jährlich gegen 150 Milliarden Dollar einbringen würde. Damit liesse sich nicht nur die Armut bekämpfen und in den Klimaschutz investieren, sondern erst noch die Überliquidität der Finanzmärkte abbauen.

4.2. Vorrang der Arbeit vor dem Kapital

Das einzige Kriterium, das sich der ideologische Marktradikalismus gefallen lässt, ist dasjenige der Effizienz. Aber was ist das Ziel der Effizienz? Etwa Arbeit für alle? Etwa das Ende des weltweiten Hungerproblems? Etwa die Abwehr der Klimakatastrophe? Nein, es ist «der Unternehmenserfolg», der laut NZZ «am ökonomischen Wert gemessen werden sollte, der für die Eigentümer geschaffen wird» (24./25.8.96), also am Shareholder value.

Aktionärsinteressen gehen vor. Sie legitimieren den Abbau von Arbeitsplätzen, auch wenn das Unternehmen satte Gewinne verzeichnet. (Aktuellstes Beispiel ist die Verlagerung bzw. Ausweidung der Firma Studer Revox in Regensdorf.) Hauptsache, die Gewinne können

noch höher ausfallen. Das ist die Perversion dieser «Ordnungspolitik». Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt der Wirtschaft, schon gar nicht der arbeitende Mensch, sondern das Kapital, dem fast alles erlaubt zu sein scheint.

Es bewahrheitet sich einmal mehr die Erkenntnis, die Ragaz' Mitredaktor Lukas Stückelberger vor hundert Jahren formuliert hat: «Der Kapitalismus ist eine unpersönliche Macht, die Arbeit ist das Persönlichste, was es gibt, und so lange das Unpersönliche über das Persönliche dominiert, kann von sittlichen Beziehungen keine Rede sein.» (NW 11/1911, 402) In der Tat: Der arbeitende Mensch engagiert sich im Produktionsprozess mit seiner ganzen Person, mit seinen beruflichen und menschlichen Fähigkeiten sowie mit einem hohen Anteil an Lebenszeit. Demgegenüber leistet die Seite des Kapitals keinen wirklich existentiellen Einsatz. Sie investiert Geld- und Sachmittel, trägt eigenes Risiko nur mit dem Vermögen, in größeren Unternehmungen nur bis zur Höhe des eigenen Anteils (Aktien). Kapital ist eben nur ein Mittel, Arbeit dagegen ein Wert an sich selbst. Die Würde des arbeitsfähigen Menschen ist nicht abhängig von Kapital, wohl aber von sinnvoller Arbeit. Übrigens hat der Vorgänger des heutigen Papstes, Johannes Paul II., dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital eine ganze Enzyklika gewidmet, in der es zum Beispiel heisst: «Man darf die Produktionsmittel nicht gegen die Arbeit besitzen; man darf sie auch nicht um des Besitzes willen besitzen, denn der einzige Grund, der ihren Besitz rechtfertigt, [...] ist dieser, der Arbeit zu dienen.»¹¹

Dass es auch anders geht, beweist die weltweit grösste Produktivgenossenschaft «Mondragón» mit Sitz in der gleichnamigen Stadt im spanischen Baskenland.¹² Eigentlich ist Mondragón ein Genossenschaftskonzern mit 220 genossenschaftlich organisierten Betrieben und Unternehmungen und in-

zwischen 100 000 Beschäftigten. Mondragón ist bekannt für Hightechprodukte von Haushaltgeräten bis Industrierobotern. Dazu gehören auch die Ladenkette Eroski und selbst eine eigene Universität. Das oberste Management wird demokratisch gewählt, sein Maximallohn darf das Siebenfache des niedrigsten Lohns nicht überschreiten. Der Arbeitsplatz ist gesichert. Muss ein Unternehmen Arbeitskräfte entlassen, so wird ihnen im Umkreis von 50 Kilometern ein gleichwertiger Arbeitsplatz angeboten. Eine eigene Bank sorgt dafür, dass «Mondragón» bislang alle Wirtschaftskrisen gemeistert hat. Das Kapital steht im Dienst der Arbeit, nicht umgekehrt.

Die «Botschaft aus Mondragón» lautet: «Die Ökonomie wird erst ökonomisch, die Demokratie erst demokratisch, wenn die Ökonomie demokratisch wird.» Für den religiösen Sozialismus ist die Genossenschaft seit je die Form, die dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital am besten entspricht. Ragaz bezeichnete sie als «Idealform»: «Die freie Genossenschaft! Das ist durch alle Zeiten die Form gewesen, auf die man immer gekommen ist, wenn man das Ideal einer sozialen Gemeinschaft im Sinne Christi suchte» – von der apostolischen Gemeinde in Jerusalem über die Mönchsorden bis zu den Waldensern und den Bestrebungen der christlichen Sozialisten Englands. «Darin muss eine innere Notwendigkeit walten. Es muss die Idealform des christlichen Sozialismus sein.» (NW 11/1917, 614)

Die bedeutendste religiös-soziale Theoretikerin des Genossenschaftssozialismus war Dora Staudinger.¹³ Sie skizzierte 1919 einen gewaltlosen, evolutionären und erst noch feministischen Weg zur Überwindung des Kapitalismus durch Konsumgenossenschaften (die sie der Frauenbewegung zuordnete), die mit ihren Produktionsbetrieben die Wirtschaft schrittweise in eine genossenschaftliche Struktur überführen,

den Kapitalismus gewissermassen «aufkaufen» sollten.

Aber eigentlich geht es weniger um die Form der Genossenschaft als vielmehr um das Prinzip der Genossenschaftlichkeit oder in heutiger Sprache um das sozialetische Prinzip der Partizipation aller Menschen an den Gütern, die sie benötigen, und an den Entscheidungen, die sie betreffen. Das Programm *Die neue Schweiz* spricht vom «Grundgedanken» eines «demokratischen Geistes [...] auf *allen* Gebieten, nicht bloss auf dem politischen»¹⁴, insbesondere von der «Übertragung der Demokratie auf das Wirtschaftsleben» und weiter: «Einer der Sätze, die mit eherner Schrift an die Türen der neuen Schweiz angeschlagen sind, lautet: Keine politische Demokratie ohne soziale!»¹⁵ Ragaz verwendet mitunter den Ausdruck «industrielle Demokratie»: «Industrielle Demokratie bedeutet, dass auch der letzte Handlanger Anteil habe an der Ordnung der Arbeit, die Arbeit als die *seinige* betrachten dürfe, weil er in der Arbeitsgemeinschaft *Bürger* ist» (NW 10/1908, 309).

Diese Sozialethik ist aktueller denn je, denn sie widerspricht der neoliberalen Ideologie, dass der Mensch sich aufspalten lasse in einen Staatsbürger und einen Wirtschaftsuntertanen. Es kann nicht im Staat ein anderes Menschenbild gelten als in der Wirtschaft. Es gibt ein Entweder-Oder: Entweder Privatisierung aller privatisierbaren Bereiche oder aber Demokratisierung aller demokratisierbaren Bereiche.

4.3. Vorrang des Gemeinwohls vor dem Markt

Die Krise zeigt, wohin es führt, wenn nicht dem Gemeinwohl, sondern dem Markt der Vorrang eingeräumt wird. Der Fall UBS brachte es an den Tag. Noch bevor die ehemalige Bankgesellschaft mit dem Bankverein zur UBS fusionierte, warnte der Geschäftsbericht der Eidgenössischen Bankenkommission: «Der

Marktanteil der Grossbanken im Inland hat im Laufe des letzten Jahrzehnts ein Ausmass erreicht, welches einem Systemrisiko gleichkommt, das durch die angekündigte Fusion der UBS mit dem SBV noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen hat.» Das war Ende 1997.¹⁶

Wenn die Aufsichtsbehörden die UBS-Fusion dennoch zuliessen, dann in Rücksicht auf die Stellung des Unternehmens im «internationalen Wettbewerb» (Kartellgesetz, Art. 10 Abs. 4). Sie schwingen die Globalisierungskeule, derweil sie voll in die Globalisierungsfalle tappten. Dass der internationale (Finanz-)Markt jede nationale und demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik aushebeln sollte, war ja das erklärte Ziel seiner Akteure. Am WEF 1996 in Davos hatte Hans Tietmeyer, der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, den anwesenden Regierenden in aller Welt zugerufen: «Von nun an stehen Sie unter der Kontrolle und Herrschaft der Finanzmärkte!»¹⁷ Der Bericht verzeichnet lang anhaltenden Beifall der Staatsmänner und Staatsfrauen... Sie hatten sich nicht nur selbst entmachtet, sie waren mit der Kapitulation der Politik vor dem globalen und totalen Markt auch das grösste Systemrisiko eingegangen, wie sich heute zeigt.

Weltmarkt hin, neoliberaler Fundamentalismus her – jetzt verlangt das Gemeinwohl, die Grossbanken zu filettieren. Das «too big to fail» darf keine indirekte Staatsgarantie mehr sein. Es gibt aber auch das «too big to be managed», das Dinosauriersyndrom, das vor lauter Masse das Gehirn überfordert. Megaunternehmen können an ihrer eigenen, nicht mehr überblickbaren, nicht mehr steuerbaren Grösse zugrunde gehen. Wenn der Markt in zehn Jahren noch immer Englisch spricht, sagt er vielleicht wieder «Small is beautiful».

Solange können wir nicht warten. Die SP schlägt die Trennung des Investment Banking vom Kreditgeschäft vor. Warum nicht die KMU-Geschäftskon-

ten an Kantonalbanken übertragen? Warum nicht die Bankangestellten an den unternehmerischen Entscheidungen beteiligen? Auf jeden Fall ist der Finanzsektor ein Service Public. Nötig sind mehr denn je staatlich kontrollierte Banken – Kantonalbanken, Regionalbanken, Postfinance –, die erst noch für genügend Wettbewerb sorgen.

Es braucht nicht Notoperationen, um das System neu zu justieren. Es braucht ein neues Fundament, das den gesellschaftlichen Reichtum gerecht verteilt und die Wirtschaft in Richtung Nachhaltigkeit umlenkt. Und das weltweit. Schon 1918 verlangte *Die neue Schweiz* eine «Weltwirtschaftsordnung»¹⁸, denn zu einem «Friedenszustand der Völker» gehöre eine «Weltwirtschaft, die nicht daran orientiert ist, wie die Völker einander am besten berauben und vom Tische Gottes stossen [Standortwettbewerb!], sondern wie sie einander helfen, damit alle satt werden. Nicht Aufhäufung von Reichtum, von Gütern und Kapital, sondern Befriedigung der wirklichen Bedürfnisse wird auch das Endziel der Weltwirtschaftsordnung werden [...]» Nötiger noch als ein «Völkerparlament» wäre für Ragaz ein «internationales Wirtschaftsparlament» gewesen. Was die Altermondialistes heute fordern, würde er lebhaft unterstützen: etwa die Befreiung der Investitionen, der Landwirtschaft und der öffentlichen Dienste aus der WTO-Disziplin. Oder was von Walden Bello bis Peter Niggli «De-Globalisierung» für eine «andere Globalisierung» heisst.¹⁹

4.4. Vorrang des qualitativen vor dem quantitativem Wachstum

Die «Marktwirtschaft ohne Adjektive» pflegt auch einen zynischen Umgang mit der Ökologiefrage. Nur «der Freihandel» könne jenen Wohlstand schaffen, der es den Menschen erlaubt, sich ein genügendes Umweltbewusstsein leisten zu können», behauptete vor Jahren Otto Lambsdorff in der NZZ (28./29.10.

95). Offenbar muss der Markt erst die Umwelt kaputt machen, um dann wieder von ihrer «Sanierung» profitieren zu können.

Dagegen sollten wir Visionen entwickeln, wie sich eine Wirtschaftsdemokratie mit einem ökosozialen Umbau der Wirtschaft verbinden liesse. Warum nicht die angesparten Gelder der Zweiten Säule schrittweise in eine solche Zukunftswirtschaft einbringen und hier erst noch krisenresistent anlegen? Ein demokratisch gewählter Wirtschaftsrat oder Zukunftsrat könnte diesen Prozess durch die Kreditvergabe nach ökologischen und sozialen Richtlinien steuern. Es ginge um eine ökologische Re-Industrialisierung durch erneuerbare Energien, Ökosanierungen, vielleicht grüne Nanotechnologien etc. Wie das fossile Energieregime die Macht- und Profitbasis des Kapitalismus (und seiner Naturzerstörung) ist, so könnte eine alternative, insbesondere solare Energiegewinnung die technologische Voraussetzung für eine dezentrale, solidarische Wirtschaftsordnung werden. Aber noch hätscheln die Regierungen lieber die Autoindustrie, als dass sie die Chance packen, die industrielle Produktion auf geschlossene Stoffkreisläufe umzulenken.

Wenn wir nach Antworten des religiösen Sozialismus auf die heutige Umweltkrise fragen, dann sei der Hinweis gestattet, dass die *Neuen Wege* die Ökologiefrage schon seit hundert Jahren thematisieren, dass Ragaz sogar als der erste Vertreter einer ökologischen Theologie gelten darf. «Reich Gottes» bedeutet für den religiösen Sozialismus ja nicht nur Befreiung des Menschen, sondern Befreiung aller Kreatur. Gefragt sind denn auch sanfte Technologien, die aller Kreatur ihre Würde und ihr Eigenrecht lassen. Das Problem der Technik entsteht nicht durch die Technik an sich, sondern durch die Technik im Dienste der Profitmaximierung, dieser unendlichen Gier nach dem falschen Absoluten – als Folge des Abfalls vom wahren

Absoluten: «Weil man ohne Gott die Unendlichkeit doch nicht haben kann, so will man die Schöpfung wenigstens zerstören», heisst es im Bibelwerk.²⁰ Ragaz nimmt hier vorweg, was Erich Fromm später unter dem Schlüsselbegriff der Nekrophilie als Ursache menschlicher Destruktivität analysieren wird.²¹

Bemerkenswert ist die ökologische Sensibilität, die Ragaz schon 1918 in *Die neue Schweiz* entwickelte: «Die Raubritter des Profites ziehen mit Geiergesichtern durch das Land und spähen jede geweihte Bergeinsamkeit aus, um dort den Gifbaum der Spekulation hinzusetzen. So verderben wir das Werk Gottes um des Mammons willen.» Bisig bemerkte Ragaz noch später, «dass ein Grossteil der heutigen Schweizer, auch gewisse Sozialisten nicht ausgeschlossen, sich die Zukunft der Schweiz nur noch in Luftlinien, Autostrassen, Staudämmen und gewaltiger Profitmacherei denken können» (NW Juli/August-Sendung 1943, 372).

5. Religiöser und ethischer Sozialismus – Verhältnisbestimmung

Gefragt wird in der Einladung zu unserer Tagung nach Antworten des religiösen und des ethischen Sozialismus. Die Unterscheidung zwischen den beiden Strömungen im demokratischen Sozialismus wäre eine besondere Diskussion wert. Dazu nur soviel: Ein ethischer Sozialismus kann, aber muss nicht religiös oder theologisch begründet werden. Ethik ist der Ort, wo sich Linke aller Weltanschauungen begegnen können, um im gemeinsamen Wertediskurs ihre Überzeugungen zu konkretisieren und politikfähig zu machen. Nach dem Scheitern des historischen Materialismus gibt es kaum mehr eine andere Begründung des Sozialismus als Ethik. Arnold Künzli hat vor vielen Jahren geschrieben: «Der Tod der Geschichtsphilosophie verweist allen Sozialismus zurück auf Ethik und Moral.»²²

Ich behaupte: Der Sozialismus wird ethisch sein, oder er wird nicht sein. Nicht aber würde ich dem Hendrik de Man zugeschriebenen Satz zustimmen: «Der Sozialismus wird religiös sein, oder er wird nicht sein.»²³

Wenn es eine Begründung von Ethik durch Religion gibt, dann verhält sich Ethik zu Religion wie ein Vorletztes zu einem Letzten. Dieses Letzte freilich entzieht sich der Politik. Religion ist nicht Sache des Staates, da dieser kein Mandat hat, über Religionsfragen zu entscheiden, sie ist auch nicht abstimmbar, sondern Sache der Menschen, die dafür den Schutz der Religions- und Gewissensfreiheit beanspruchen dürfen. Kurz: Religion gehört nicht unter die Obhut des Staates, sondern unter die Obhut der Toleranz. Wenn nun Religion sich in die Politik einmischt, muss sie es mit Argumenten einer allen Menschen zugänglichen Ethik tun. Der Politik mit transzendenten Ansprüchen zu kommen, wäre Fundamentalismus. Fundamentalismus sehe ich schon in der bombastischen Anrufung «Gottes des Allmächtigen» am Anfang der Bundesverfassung²⁴, ja selbst im gewiss subtilen Versuch eines Hans Küng, die Verbindlichkeit des kategorischen Imperativs vom Glauben an Gott abhängig zu machen.²⁵

Gleichwohl macht es Sinn, dass der religiöse Sozialismus das Reich Gottes politisch versteht, die Zeichen der Zeit deutet und daraus Konsequenzen zieht, die man als Politik aus dem Glauben bezeichnen könnte.²⁶ Schliesslich kann, wer glaubt, sein Weltverständnis und damit auch sein Politikverständnis gar nicht unabhängig von seinem Glauben entwickeln. Religiös-sozial – und übrigens auch befreiungstheologisch – gesprochen: Das Reich Gottes verhält sich nicht indifferent zum Hunger in der Welt, zur drohenden Klimakatastrophe oder zu autoritären Strukturen in Politik und Wirtschaft. Umgekehrt sind in dieser religiös-sozialen Optik alle, die für eine andere, bessere Welt kämpfen,

Mitarbeitende am Reich Gottes, ob ihnen das nun bewusst ist oder nicht. Ragaz bringt es auf den Punkt: «Gott kann also sehr wohl bei den Sozialisten sein, die ihn leugnen, und kann bei den Christen, die ihn bekennen, nicht sein. Gott ist da, wo seine Gerechtigkeit ist, wo seine Sache vertreten wird, nicht da, wo man ihm Tempel baut und Gottesdienste feiert.» (NW 2/1936, 63)

Aber, und das ist ein grosses ABER, dieser Diskurs ist möglich und verbindlich nur für Menschen, die den Glauben an das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit für die Erde teilen. Wenn der religiöse Sozialismus in die politische Arena tritt, dann mit einem ethischen Anspruch, der allen mitteilbar, aber auch von allen hinterfragbar ist. Im Vorletzten gibt es keine letzte Wahrheit, keine absolute Verbindlichkeit.

•

Zum Schluss drei Nachbemerkenngen:

1. Die Antworten des religiösen Sozialismus auf die Krise liegen im Grundsätzlichen seiner Theologie und Ethik. Wenn es um konkrete Vorschläge geht, verfügt er nicht über einen Spezial-schlüssel zur Lösung der anstehenden Fragen.

2. Es gibt auch nicht nur eine Antwort auf die Krise, wie das TINA der Neoliberalen meint. Es gibt TATA – There Are Thousands of Alternatives – oder jedenfalls TAMARA – There Are Many And Real Alternatives. Zwischen mehreren Antworten die beste zu suchen, ist Aufgabe der demokratischen Auseinandersetzung.

3. Die Religiös-Sozialen stehen im Bunde mit allen, die eine der Welt zugewandte Spiritualität suchen, auch mit jenen, für die der Himmel leer ist.²⁷ Es geht darum, den Sozialismus nicht auf krude Interessenpolitik zu reduzieren, sondern ihn neu zu verstehen und zu motivieren. Oder nochmals mit Ragaz gesagt: «Es muss mehr als Sozialismus geben, damit Sozialismus sein kann.»²⁸ ●

Willy Spieler ist
ehemaliger Redaktor
der Neuen Wege und
Kenner des Werks
von Leonhard Ragaz.
(spieler@goldnet.ch)

¹ Der Sozialismus und die persönliche Freiheit, NW 10/1908, 306.

² Markus Mattmüller: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus – eine Biographie, Band 2: Die Zeit des Ersten Weltkriegs und der Revolutionen, Zürich 1968, 231.

³ Bibel – eine Deutung, Zürich 1947, Bd I, 91.

⁴ Bibel II, 138f.

⁵ Bibel II, 111.

⁶ Bibel II, 126.

⁷ Bibel II, 131.

⁸ Bibel III, 13.

⁹ Bibel I, 55.

¹⁰ So Johannes Paul II. in: Enzyklika Sollicitudo rei socialis, 1987, Nr. 36f.

¹¹ Laborem exercens, 1981, Nr. 14.

¹² Siehe www.mondragon-corporation.com; Der «dritte Weg» von Mondragón. NW-Gespräch mit Jesús Ginto, in: NW 11/2007, 319ff.

¹³ Siehe Dora Staudinger, Wirtschaftliches Programm, in: Max Gerber, Jean Matthieu, Clara und Leonhard Ragaz, Dora Staudinger: Ein sozialistisches Programm, Olten 1919, 97-111.

¹⁴ Ebd. 146f.

¹⁵ Ebd. 135, 138.

¹⁶ Siehe www.finma.ch/archiv/ebk/d/publik/bericht/pdf/jb97.pdf

¹⁷ Zit. nach: Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt, München 2003, 99

¹⁸ Ebd. 166.

¹⁹ Siehe Peter Niggli, Nach der Globalisierung. Entwicklungspolitik im 21. Jahrhundert, Zürich 2004, 83f.

²⁰ Bibel I, 52.

²¹ Siehe Erich Fromm, Anatomie der menschlichen Destruktivität, Stuttgart 1974, 295ff.

²² Sozialismus und Moral, in: Rettet die Freiheit vor ihren Beschützern!, Basel 1989, 116.

²³ Ich finde bei de Man nur den Satz: «Es gibt keinen Sozialismus ohne eine Religion.» In: Die Begründung des Sozialismus, in: Sozialismus aus dem Glauben. Verhandlungen der sozialistischen Tagung in Heppenheim a.B., Pfingstwoche 1928, Zürich–Leipzig 1929, 43.

²⁴ Siehe Willy Spieler, Gehört Gott in die Verfassung? (Zeichen der Zeit), NW 2/1996, 60ff.

²⁵ Siehe Hans Küng, Projekt Weltethos, München 1990, 77f.

²⁶ Zu dieser Thematik siehe Jürgen Habermas: Religion in der Öffentlichkeit, in: Ders., Zwischen Naturalismus und Religion, Frankfurt am Main 2005, 119ff.

²⁷ «Mit der Erfüllung des Liebesgebots könnte die Erde reich sein». NW-Gespräch mit Carola Meier-Seethaler, in: NW 3/03, 102ff.

²⁸ Von Christus zu Marx – von Marx zu Christus, Wernigerode 1929, 196.